

V0296/24

Konsolidierungspaket 2025 - 2027

-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 22.04.2024-

Antrag:

aufgrund des Konsolidierungsgesprächs vom 15.04.2024 erhalten Sie von der AfD-Stadtratsfraktion folgende Einsparvorschläge:

- Entschädigung der Ausschusssprecher ersatzlos streichen
- Kürzung der jährlichen Fraktionszuwendungen um 10%
- Aussetzung der nächsten Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Stadträte und keine Erhöhung der Sitzungsgelder in dieser Legislaturperiode
- Kürzung aller freiwilligen Leistungen um mindestens 10 %
- Seniorenweihnachten & Seniorenfasching sollen nur noch alle 2 Jahre stattfinden
- Ehrenamtsabend soll nur noch alle 2 Jahre stattfinden
- Reduzierung der Bürgerhaushalte BZA um 50 % für 2025 und 2026
- Reduzierung der Ausgaben für die Fronte 79 um mindestens 30 %
- Auflistung des Dienstwagenpools der Stadt Ingolstadt und deren Tochtergesellschaften der Anzahl nach, sowie deren finanziellen Kosten und anschließend eine deutliche Reduzierung des städtischen Dienstwagenpools

Reduzierung der Beiräte/Unterausschüsse und deren Mitglieder:

- Reduzierung Beirat für Gleichstellungsfragen
- Reduzierung Fahrradbeirat und keine Vollzeitstelle für die Fahrradbeauftragte - Reduzierung Gestaltungs- und Planungsbeirat
- Reduzierung Inklusionsrat
- Reduzierung Jugendparlament
- Reduzierung Migrationsrat
- Auflösung des Klimabeirats
- Auflösung des Kulturbeirats
- Auflösung des Unterausschusses Jugendhilfe
- Auflösung des Sport-Freizeit-Familienbad Beirat
- Auflösung des UTW Planungs-, Bau- und Besitzgesellschaft für umwelttechnische Werke Ingolstadt mbH, Beirat
- Überprüfung der Notwendigkeit sämtlicher „Kümmerer“, „Beauftragter“ & „Berater“

Einsparungen beim Personal:

- Pauschale Reduktion aller Stellen um 10 %, Auftrag und Umsetzung durch die zuständigen Referenten mit zusätzlicher Darstellung der finanziellen Einsparpotentiale
- Starke Reduzierung des Sicherheitsdienstes im neuen Rathaus
- Vorrübergehende Nichtbesetzung bei 2 Stellen im Georgischen Kammerorchester

- Streichung aller überflüssiger Stabsstellen insbesondere die 4 Stabsstellen bei der Verwaltungsleitung des Oberbürgermeisters
- Verzicht auf den Neuabschluss eines Vertrages für den kommunalen
- Ordnungsdienst ab März 2025
- die vorübergehende komplette Reduktion der Ausgaben für den sogenannten Klimaschutz. Kosten bei der Stabsstelle Klima, Biodiversität & Donau. z.B. Kosten der Werbeaktion „2035“ und weiteres. Keine Neuauflagen von Förderprogrammen wie z.B. Mini-Solaranlagen, Lastenradförderung etc.

Stadtrat	14.05.2024	Entscheidung
Stadtrat	04.06.2024	Entscheidung

Stadtrat vom 14.05.2024

Auszug aus der Diskussion zu TOP 1, hier zu den Anträgen der AfD-Fraktion (V0296/24)

Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt mit, dass die AfD eine pauschale Kürzung aller freiwilligen Leistungen um 10 % fordere. Er bevorzuge allerdings eine differenzierte Lösung, so wie sie in der Liste der Verwaltung ausgearbeitet wurde.

Stadtrat Bannert entgegnet, dass man sich 2006 in der gleichen Situation befunden habe. Damals habe der Stadtrat den Mut gehabt, alle freiwilligen Leistungen um 10 % zu kürzen. Es müsse der Bevölkerung bewusst sein, dass die Stadt kein Geld mehr habe und entsprechende Einsparmaßnahmen nötig seien. Natürlich sei das eine unpopuläre Meinung, allerdings fordere er ja eine pauschale Reduktion, sodass jede Leistung betroffen sei und niemand verschont werde. Ihm sei bewusst, dass die Einsparung für die Vereine schmerzlich sei. Allerdings müsse auch gesagt werden, dass es viele der Zuschüsse in anderen Städten gar nicht gebe.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erwidert, dass es in vorgelegten Konsolidierungspaket eine Vielzahl von Sparmaßnahmen bei freiwilligen Leistungen gebe, jedoch keine pauschale Kürzung.

Sodann ergeht folgende Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion:

Gegen die Stimmen der AfD:

Der Antrag wird abgelehnt.

Weiter ergeht folgende Abstimmung zu den Anträgen der AfD-Fraktion, das Seniorenweihnachten und den Seniorenfasching sowie den Ehrenamtsabend nur noch alle zwei Jahre stattfinden zu lassen:

Gegen die Stimmen der AfD:

Der Antrag wird abgelehnt.

Als nächstes wird der Antrag zur Reduzierung der Ausgaben der Fronte 79 behandelt.

Stadtrat Bannert erläutert hierzu, dass seine Fraktion eine Kürzung um 30 % beantrage, sie jedoch für einen Kompromiss offen sei. Er stehe selbstverständlich zur Jugendarbeit, aber es störe ihn, dass der Stadtjugendring jedes Jahr mehr Geld fordere. Er zweifle, ob dort der Ernst der finanziellen Lage der Stadt wahrgenommen werde. Ein Wille zum Sparen sei nicht zu erkennen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erklärt, dass es beim Stadtjugendring um eine Vielzahl einzelner Maßnahmen gehe, die jeweils im gelben oder roten Bereich der Liste aufgeführt seien. Eine pauschale Kürzung um 30 % sehe er daher für nicht möglich.

Stadtrat Semle stimmt seinem Vorredner zu.

Bürgermeisterin Kleine stellt klar, dass es nicht nur um den Stadtjugendring gehe, sondern weitere 30 bis 40 Jugendverbände zum Beispiel aus den Bereichen Kirche, Sport, Naturschutz, Jäger, Gewerkschaftsjugend, Jugendfeuerwehren. Es werde derzeit eine Vorlage erarbeitet, dass diese Gruppen mehr Zuschüsse bekommen. Der Vorschlag der AfD treffe nicht nur die Jugendlichen, sondern auch die vielen Ehrenamtlichen aus der Jugendarbeit. Die Forderung zeige, wie die AfD denke.

Stadtrat Werner sagt, dass ihm bei diesem Vorschlag fast die Worte fehlen. Der Stadtjugendring leiste in der Fronte vor allem präventive Arbeit, gebe den Jugendlichen ein Zuhause, ersetze teilweise die Familie und gebe ihnen eine Perspektive. Dadurch spare er der Stadt mehr Geld, als er sie koste. Eine Kürzung sei kontraproduktiv und komme für ihn nicht infrage.

Stadtrat Bannert betont, dass er sich nie gegen die Arbeit der Fronte oder des Stadtjugendrings ausgesprochen habe. Er selbst sei schon lange im Stadtrat und setze sich für die Fronte 79 ein. Wenn er Zeit habe, besuche er gerne die dortigen Veranstaltungen. Es gehe ihm lediglich darum, dass in der aktuellen Lage zusätzliche Mittel gefordert werden.

Stattdessen sollte dort, wie in allen anderen Bereichen, gespart werden. Er hätte sich gewünscht, dass sachlich argumentiert werde.

Sodann ergeht folgende Abstimmung zu Antrag der AfD, die Ausgaben für die Fronte 79 um mindestens 30 % zu reduzieren:

Gegen die Stimmen der AfD:

Der Antrag wird abgelehnt.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf fährt fort, dass der Antrag zum Dienstwagenpool bereits schriftlich beantwortet worden sei und es dazu einen Einsparvorschlag in der grünen Liste gebe.

Stadtrat Rehm wolle darauf hinweisen, dass die Beantwortung unvollständig sei, da eine Auflistung des gesamten Dienstwagenpools der Stadt und der Töchter gefordert worden sei. Er bitte deshalb um Nachreichung.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf entgegnet, dass es eine Vielzahl von Fahrzeugen gebe, beispielsweise Müllautos, Kehrmaschinen, Fahrzeuge des Gartenamtes etc. Wenn Interesse besteht, könne dies jedoch aufbereitet werden.

Stadträtin Peters ist der Meinung, dass das Thema von einer anderen Richtung her betrachtet werden müsse. Der Antrag sei zu kurz gedacht. Sie wünsche einen Bericht von Herrn Dr. Schwaiger zum Fuhrparkmanagement bei der Stadt. Sie denke, dass es dort einige Einsparmaßnahmen, auch im Sinne der Nachhaltigkeit, gebe. Es gehe beispielsweise um Fragen zum Tankverhalten, zu den Treibstoffen und zur Versicherung der Fahrzeuge.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass Herr Dr. Schwaiger vor kurzem in der Referentenbesprechung war, um das Thema Fuhrparkmanagement und Dienstwagenpool zu besprechen. Man werde diese Dinge weiter anschauen und prüfen, ob es Sinn mache, sie auf einen Externen zu übertragen, der gleichzeitig Carsharing mit anbiete. Ein Zwischenbericht dazu könne noch in diesem Jahr erfolgen. Inzwischen seien bereits vier Fahrzeuge aus dem Pool genommen worden, zudem halte sie es für positiv, dass die beiden Bürgermeisterinnen von Anfang an über keinen eigenen Dienstwagen verfügen.

Stadtrat Bannert stellt klar, dass die AfD-Anfrage lediglich auf Dienstfahrzeuge und nicht auf Kehrmaschinen etc. abziele. Er begrüße den Vorschlag von Stadträtin Peters. Er sei überzeugt, dass seine Anfrage bewirkt habe, dass sich die Verwaltung mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Wie erwähnt, sei er mit der Form der Beantwortung aber nicht zufrieden. Er erwarte auf eine Stadtratsanfrage eine vollständige und sachliche Antwort,

sowohl in schriftlicher Form als auch bezogen auf die mündlichen Äußerungen der Vorredner.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erwidert, dass zugesagt wurde, dass sich dem Thema – umfangreicher als beantragt – gewidmet werde und es einen Bericht im Stadtrat geben werde. Selbstverständlich befürworte er jegliche Einsparpotenziale.

Zum Antrag wird es noch in diesem Jahr einen Bericht der Verwaltung geben.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf fährt mit den Anträgen zum Überpunkt „Reduzierung der Beiräte/Unterausschüsse und deren Mitglieder“ fort. Er meint, dass diese Forderungen nicht hinreichend definiert seien, da eine konkrete Anzahl der Reduzierung fehle. Außerdem sollten diese Punkte zu Beginn einer Legislaturperiode diskutiert werden. Ein derzeitiges Einsparpotenzial sehe er deshalb nicht.

Stadtrat Bannert erklärt, dass seine Fraktion mit diesem Antrag die Verwaltung darauf hinweisen wolle, sich rechtzeitig vor Beginn der neuen Legislatur Gedanken über diesen Bereich zu machen. Er sehe hier längerfristige Einsparmöglichkeiten.

Stadtrat Lange stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und fordert das Ende der Debatte und sofortige Abstimmung.

Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung:

Mit Mehrheit der Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion im Übrigen:

Gegen die Stimmen der AfD:

Der Antrag wird abgelehnt.